

Stand: 13.05.2026 10:07:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9852

"Schluss mit der respektlosen Abwertung von Arbeitnehmern: Keine Arbeitszeitverlängerung, keine Karenztage, kein Abbau der Teilzeitrechte!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9852 vom 04.02.2026
2. Beschluss des Plenums 19/9895 vom 05.02.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**Schluss mit der respektlosen Abwertung von Arbeitnehmern:  
Keine Arbeitszeitverlängerung, keine Karenztage, kein Abbau der Teilzeitrechte!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- eine Politik, die wirtschaftliche Probleme einseitig den Beschäftigten anlastet fundamental den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft widerspricht und daher abzulehnen ist,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine bloßen Kosten sind, die optimiert werden müssen, sondern die Leistungsträger, die hart arbeiten und den Wohlstand in unserem Land sichern.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- die Forderung nach pauschal längeren Arbeitszeiten zurückzuweisen und anzuerkennen, dass Vollzeitbeschäftigte in Bayern bereits heute durchschnittlich 41,4 Wochenstunden arbeiten – das Problem sind nicht zu kurze Arbeitszeiten, sondern insbesondere das rückläufige Arbeitsplatzangebot.
- die Einführung von Karenztagen respektive die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kategorisch abzulehnen, da diese zentralen sozialen Schutzrechte die Beschäftigten nur dazu zwingen würden, krank zur Arbeit zu gehen – mit höheren Unfallrisiken, mehr Ansteckungen und langfristig steigenden Kosten für Betriebe und Sozialversicherungen.
- sich dafür einzusetzen, dass die telefonische Krankschreibung beibehalten wird, da sie sich bewährt hat und Praxen entlastet, statt Beschäftigte wieder mit neuer Bürokratie zu belasten.
- das Recht auf Teilzeit zu verteidigen und die diffamierende Debatte über „Lifestyle-Teilzeit“ zu beenden – stattdessen den massiven Ausbau der Ganztagsbetreuung voranzutreiben, damit die vielen Menschen, die unfreiwillig in Teilzeit sind, ihre Arbeitszeit aufstocken können.
- sich gegen eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters und gegen den Abbau der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren einzusetzen, da viele Beschäftigte das gesetzliche Rentenalter schon heute nicht gesund erreichen.
- statt auf Arbeitszeitverlängerung und sozialen Druck zu setzen, massiv in Bildung, Qualifizierung und öffentliche Infrastruktur zu investieren sowie durch ein wirksames Konjunkturprogramm die fehlenden Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft anzureizen – denn das eigentliche Problem ist nicht mangelnde Arbeitsmotivation, sondern dass sich einerseits die Zahl offener Stellen seit 2022 von zwei Millionen auf eine

Million halbiert hat, während die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum von 2,4 auf drei Millionen gestiegen ist.

**Begründung:**

Ministerpräsident Dr. Markus Söder fordert, die Menschen müssten „eine Stunde mehr arbeiten“ pro Woche – das sei „wirklich nicht zu viel verlangt“. Er will Karenztage einführen, bei denen die Lohnfortzahlung erst ab dem zweiten oder dritten Krankheitstag greift. Er fordert die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung und stellt die „Rente mit 63“ infrage. Gleichzeitig unterstützt seine Partei Forderungen der Mittelstandsunion, das Recht auf Teilzeit als „Lifestyle“ einzuschränken. Diese Agenda geht komplett an den ökonomischen Realitäten vorbei und macht Beschäftigte zum Sündenbock für strukturelle Probleme.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder behauptet, Deutschland arbeite zu wenig. Die Realität sieht anders aus: Vollzeitbeschäftigte kommen im Schnitt auf 41,4 Wochenstunden. Das eigentliche Problem ist nicht „zu wenig Arbeit“, sondern zu wenig Arbeitsplatzangebot: In den letzten fünf Jahren sind ca. 600 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, die Arbeitslosigkeit ist von 2,4 auf drei Millionen gestiegen. Die Zahl offener Stellen hat sich von zwei Millionen auf eine Million halbiert. Bei dieser Ausgangslage ist es aktuell individuell schlicht nicht möglich, dass jeder einen Arbeitsplatz findet.

Ministerpräsident Dr. Markus Söders Forderung nach Karenztagen ist gesundheits- und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist ein zentrales soziales Schutzrecht. Ihre Einschränkung würde dazu führen, dass vor allem Menschen mit kleinen Einkommen krank zur Arbeit gehen – mit höheren Unfallrisiken, mehr Ansteckungen und langfristig steigenden Kosten. Klassische Erkältungen machen zudem nur ein Fünftel aller Krankheitstage aus. Der Großteil geht auf schwerwiegendere Erkrankungen zurück und diese sind mit Karenztagen nicht zu bekämpfen. Wer den Krankenstand wirklich senken will, muss über bessere Arbeitsbedingungen, weniger Personalnot und mehr Prävention sprechen – nicht über Sanktionen.

Die Diffamierung von Teilzeitarbeit als „Lifestyle“ ist respektlos und wirtschaftlich unsinnig. Viele Menschen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit, weil Betreuungsangebote fehlen – allein in Bayern fehlen zehntausende Kita-Plätze. Wenn Vollzeit mit der Lebensrealität nicht vereinbar ist und Teilzeit nicht mehr möglich ist, drohen Menschen ganz aus dem Arbeitsmarkt zu fallen. Der umfassende Ausbau der Ganztagsbetreuung würde der Wirtschaft deutlich mehr Fachkräfte bringen als erzwungene Arbeitszeitverlängerungen – zumal längere Arbeitszeiten nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität führen, aber stattdessen die Anfälligkeit, krank zu werden, signifikant erhöhen.

Schließlich würden Ministerpräsident Dr. Markus Söders Forderungen die Krise verschärfen, statt sie zu lösen. Das Problem ist nicht mangelnde Arbeitszeit, sondern mangelnde Nachfrage. Wer durch Karenztage, Teilzeiteinschränkungen und Rentenkürzungen faktisch Löhne und Sozialleistungen senkt, senkt auch die Kaufkraft. Die Folge: noch weniger Nachfrage, noch weniger Unternehmensgewinne, noch weniger Investitionen, noch mehr Arbeitsplatzabbau. In einer Marktwirtschaft ist Verzicht kein Umsatzbringer, sondern ein Umsatzvernichter. Die Beschäftigten in Bayern arbeiten hart und halten den Laden am Laufen. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die einfache makroökonomische Zusammenhänge versteht, setzt auf gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, soziale Sicherheit und öffentliche Investitionen – nicht auf einseitiges Arbeitnehmer-Bashing.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/9852

**Schluss mit der respektlosen Abwertung von Arbeitnehmern:  
Keine Arbeitszeitverlängerung, keine Karenztage, kein Abbau der Teilzeitrechte!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Holger Gießhammer

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Werner Stieglitz

Abg. Johannes Meier

Abg. Anton Rittel

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Florian Köhler

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Dr. Simone Strohmayr

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Zur Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion (SPD)**

**Schluss mit der respektlosen Abwertung von Arbeitnehmern: Keine Arbeitszeitverlängerung, keine Karenztage, kein Abbau der Teilzeitrechte! (Drs. 19/9852)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Holger Gießhammer für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**Holger Gießhammer (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wenn ich morgens um 06:30 Uhr in meinen Betrieb gehe, dann finde ich dort viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die meistens auch schon vor mir die Firma betreten haben, die dabei sind, die Fahrzeuge zu bestücken, die den ganzen Tag auf Leitern, auf Gerüsten stehen, die bei Wind und Wetter, im Frühjahr, im Herbst bei doch niedrigen Temperaturen fleißig für uns schaffen und arbeiten. Nach achteinhalb Stunden kommen die relativ müde zurück. Sie haben am Freitag ihre 40-Stunden-Woche wunderbar absolviert. Wie fühlen sich die Menschen in der Pflege, die hart arbeiten, die die Menschen drehen müssen, die einfach auch körperlich aktiv sind? Wie mögen sich diese Menschen fühlen, wenn sie die derzeitige Debatte im Land verfolgen? – Diesen Menschen sagen unser Ministerpräsident Markus Söder, unser Bundeskanzler und auch viele andere in der Union: Liebe Leute, arbeitet doch mal eine Stunde länger; strengt euch mehr an, wir müssen wieder mehr leisten. Verzichtet doch im Krankheitsfall auf die Lohnfortzahlung, und die Teilzeit ist nur eine Lifestyle-Debatte. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, und noch viel besser ist: Wir müssen alle noch länger als bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Wir müssen noch bis 70 und darüber hinaus arbeiten. Diese Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht an der Realität vorbei. So erzeugt man kein Wirtschaftswachstum.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Abwertung der arbeitenden Mitte. Es zeigt sich, dass hier wenig Praxiserfahrung vorhanden ist; denn es ist nicht so, dass mit mehr Druck auch mehr Leistung entsteht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen mehr Verlässlichkeit. Es darf kein Misstrauen im Raum stehen, sondern wir müssen unsere Mitarbeiter motivieren. Unsere Mitarbeiter kommen nicht in die Arbeit, weil sie gesund sind und ich ihnen drohe, wenn du nicht kommst, gibt es irgendwelche Sanktionen. Nein, sie kommen zur Arbeit, sie stehen jeden Tag ihren Mann und ihre Frau, weil sie fair behandelt werden, weil sie wissen, wenn ich krank bin, gehe ich zum Arzt und kann zu Hause bleiben, weil sie wissen, wenn das Kind eine Betreuung braucht, finden wir eine Lösung, und weil sie wissen, dass Leistung respektiert wird. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt die Union gerade in Frage.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit ist, dass wir in Bayern bereits am Limit sind. Im Schnitt werden pro Woche 41,4 Stunden gearbeitet, und wir sind hier in Bayern führend. Das Problem ist nicht der fehlende Fleiß. Das Problem sind die nach wie vor fehlende Kinderbetreuung und der Investitionsstau in der Infrastruktur. Es fehlt an Digitalisierung. Die Energiewende wurde ausgebremst und vieles mehr. Wer Karenztage einführt, sorgt nicht für weniger Krankheit, nein, er sorgt dafür, dass die Praxen überfüllt und Ärzte überfordert und überlastet sind. Die Menschen kommen krank zur Baustelle, machen mehr Fehler und sind nicht motiviert. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist gefährlich, unsozial und am Ende auch teurer.

(Beifall bei der SPD)

Wer Menschen mit der Lifestyle-Debatte diffamiert, hat nie erlebt, wie Eltern zwischen der Kita, dem Schichtplan und am Ende auch dem Geldbeutel oder dem Kontoauszug jonglieren müssen. Viele Menschen in Bayern würden gerne mehr arbeiten, aber sie können es einfach nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich am Morgen das Werkzeug für meine Mitarbeiter kaputtmachen und ihnen mitgeben würde, dürfte ich mich nicht wundern, wenn die Leistung nicht stimmt. Wir müssen in Bayern für gutes Werkzeug sorgen, dann geht es auch wieder aufwärts.

(Beifall bei der SPD)

Was Bayern braucht, sind gute Arbeitsbedingungen, faire Regeln, faire Löhne und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir brauchen kein Arbeitnehmer-Bashing. Wir brauchen keine Symbolpolitik auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Die arbeitende Gesellschaft hält unser Land am Laufen. Sie verdient Respekt, Sicherheit und eine verlässliche Politik, die versteht, wie der Alltag der Menschen in Bayern aussieht. Dafür stehen wir als SPD.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss ein Ruck durch unser Land gehen. Wir haben das vom früheren Bundespräsidenten gehört. Ich glaube, wir müssen aufhören, hier negative Bilder zu zeichnen. Wir müssen jetzt in die Aufbruchsstimmung kommen, und das gelingt nicht, indem wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Tag zu Tag neu diffamieren.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Werner Stieglitz.

**Werner Stieglitz (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Bayern steht wirtschaftlich gut da, weil die Menschen in diesem Land Tag für Tag Verantwortung übernehmen, in den Betrieben, im Handwerk, in der Pflege, im Mittelstand und in der Industrie. Dieser Einsatz ist die Grundlage unseres

Wohlstandes. Wenn wir heute über Arbeit, Leistung und soziale Sicherheit sprechen, sollten wir das mit Respekt und Blick auf die Realität tun, sachlich, ohne Unterstellungen und ohne die Menschen gegeneinander auszuspielen.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD zeichnet allerdings ein Zerrbild. Er tut so, als wolle die Bayerische Staatsregierung Beschäftigte abwerten oder soziale Schutzrechte schleifen. Das ist schlichtweg nicht richtig. Bayern ist nicht zufällig eines der erfolgreichsten Länder Europas. Wir haben eine der höchsten Erwerbstätigenquoten, eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit, eine starke Industrie, einen starken Mittelstand und Rekordinvestitionen. Das ist kein Zufall. Das liegt am Fleiß der Menschen, ist aber auch das Ergebnis der verantwortungsvollen Politik unserer Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir wissen um die enorme Leistung der Menschen in diesem Land, in den Betrieben, in den Familien und besonders auch im Ehrenamt. Gerade deshalb sprechen wir offen darüber, wie wir unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern können; denn Wohlstand fällt nicht vom Himmel. Er entsteht durch Leistung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Ja, dazu gehört auch die ehrliche Debatte darüber, wie Arbeit organisiert ist, wie produktiv wir sind und wie wir Wachstum wieder ermöglichen können. Unser Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat genau diese Debatte angestoßen, nicht über Zwang oder Sanktionen, sondern über Verantwortung angesichts des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und der internationalen Konkurrenz.

Schauen wir uns mal das Thema Arbeitszeit an. Niemand fordert eine pauschale Arbeitszeitverlängerung per Gesetz. Es geht um mehr Flexibilität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Viele Betriebe, gerade im Mittelstand, berichten, dass sie Aufträge nicht mehr annehmen können, weil Personal fehlt. Wenn Menschen freiwillig mehr arbeiten wollen,

sollten wir ihnen das ermöglichen und nicht ideologisch blockieren. Freiheit heißt auch, mehr arbeiten zu dürfen, nicht zu müssen.

Zu den Karenztagen. Auch hier wird bewusst dramatisiert. Niemand will Kranke zur Arbeit zwingen. Es geht darum, Regelungen regelmäßig zu überprüfen und Fehlanreize zu vermeiden, im Dialog mit den Sozialpartnern und mit Augenmaß. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist ein hohes Gut. Daran wird nicht leichtfertig gerüttelt. Die telefonische Krankschreibung hat in der Pandemie geholfen. Jetzt ist es legitim zu fragen, ob sie auch dauerhaft das richtige Instrument ist. Bürokratieabbau heißt auch, Verfahren zu evaluieren und nachzuschärfen.

Schauen wir uns die Teilzeit an. Niemand will Teilzeit abschaffen oder Menschen bevormunden. Unser sozialpolitischer Sprecher Thomas Huber hat vor Kurzem völlig zu Recht ausdrücklich betont – und dafür, lieber Tom, bin ich dir sehr dankbar –, dass Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder Weiterbildung keine Lifestyle-Entscheidungen sind. Von diesem Begriff haben wir als CSU in Bayern uns frühzeitig distanziert. Stattdessen, lieber Tom, sind dies Notwendigkeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb setzen wir in Bayern auf Anreize statt Zwang und den massiven Ausbau von Betreuung und Ganztage, liebe Frau Staatsministerin Ulrike Scharf, damit Arbeit überhaupt erst ermöglicht wird. Gerade auf dieser Grundlage können wir darüber sprechen, wie freiwillige Mehrarbeit für Beschäftigte attraktiver wird, zum Beispiel durch bessere steuerliche Anreize, um so auch Betriebe zu unterstützen, die dringend Fachkräfte brauchen.

Meine Damen und Herren, Steuern senken, Bürokratie abbauen, Leistung belohnen: Herzlich willkommen bei der CSU; denn genau das tun wir bereits.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist Spitzenreiter beim Bürokratieabbau. Wir entlasten Unternehmen und investieren Milliarden in Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung. Beim Renteneintrittsalter gilt: Wer 45 Jahre gearbeitet hat, verdient Respekt. Gleichzeitig müssen wir aber realistisch bleiben. Die Lebenserwartung steigt, die Zahl der Beitragszahler sinkt. Auch hier braucht es mehr Flexibilität und weniger Denkverbote, keine pauschalen Lösungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Bayern stark gemacht hat, war immer der Ausgleich zwischen Wirtschaft und Sozialem, zwischen Leistung und Sicherheit. Genau dafür steht die CSU.

(Beifall bei der CSU)

Wer jede Reformdiskussion, liebe SPD, als Arbeitnehmer-Bashing diffamiert, hilft weder den Beschäftigten noch den Betrieben.

(Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Unser Ziel bleibt klar: sichere Arbeitsplätze, starke Unternehmen und soziale Stabilität. Deshalb lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag ab, nicht aus Respektlosigkeit, sondern aus Verantwortung für Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Johannes Meier für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Johannes Meier (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ist der letzte Atemzug, um noch einmal die verloren gegangene Arbeitnehmerfreundlichkeit zur Schau zu stellen. Wir werden den Antrag ablehnen. Ich möchte anhand von drei Punkten erklären, warum wir das tun werden.

In Ihrem Antrag schreiben Sie in einem Absatz: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine bloßen Kosten, die optimiert werden müssen, sondern Leistungsträger, die hart arbeiten und den Wohlstand in diesem Land sichern. – Liebe SPD-Fraktion, es ist bemerkenswert, dass Sie das bereits erkannt haben. Das sollte selbstverständlich sein. Das kauft Ihnen jedoch keiner mehr wirklich ab. Schauen wir uns die Steuerhistorie an. In Deutschland gibt es mindestens 57 Steuer- und Abgabearten. Wenn wir die letzten 30 Jahre zurückgehen, stellen wir fest, es wurden einige davon von der SPD oder mit der SPD beschlossen – in Summe fast 70 %. Das sind beispielsweise die Energiesteuer, die Stromsteuer, die Luftverkehrsteuer und die CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate – wir haben eine CO<sub>2</sub>-Abgabe –, um nur einige davon zu nennen. Diese Steuern belasten Einkommen und Leistungsträger im Hinblick auf Energieverbrauch, Immobilien und vieles mehr.

Als Nächstes setzen Sie sich dafür ein, dass die telefonische Krankschreibung beibehalten wird. In meiner Zeit vor dem Bayerischen Landtag war ich Regionalverkaufsleiter. Ich habe immer zwischen 70 bis 100 Mitarbeiter gehabt. Aus dieser Perspektive muss ich Ihnen sagen, dass man es damit den Leuten noch leichter machen kann zu sagen: Den heutigen Tag mache ich einmal krank. Es gibt dann keine Hemmschwelle mehr. Selbstverständlich sind nicht alle davon betroffen. Es ist wichtig, dass Betriebe gesunde Mitarbeiter haben. Niemand möchte, dass die Leute krank in die Arbeit gehen und andere anstecken. Das ist nicht das Ziel. Diese Hürde derart herabzusetzen, halten wir aber definitiv nicht für zielführend.

Zum Schluss möchten Sie das Recht auf Teilzeit verteidigen. Die Debatte zur Lifestyle-Teilzeit bezeichnen Sie als diffamierend. Im Hinblick auf meine Berufserfahrung ist es einfach Fakt, dass man gerade in der Altersgruppe zwischen 16 und 25 keine Diskussion über Lohn, sondern eher eine Diskussion darüber führt, wie viele Wochenstunden die jungen Menschen arbeiten möchten. Sind es 20, 30 oder 35 Wochenstunden? Das muss man schon benennen. Daher muss man sich überlegen, welche Anreize es für

junge Menschen gibt, damit sie mehr Motivation haben, in der Woche mehr arbeiten zu gehen.

Des Weiteren möchten Sie die Ganztagsbetreuung vorantreiben, da viele Menschen unfreiwillig in Teilzeit sind. Viele meiner Mitarbeiterinnen waren Mütter. Von den Damen war keine einzige unfreiwillig in Teilzeit. Eigentlich waren alle freiwillig in Teilzeit, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Auch diesen Inhalt können wir definitiv nicht unterstreichen. Von daher lehnen wir Ihren Antrag in Summe ab. Später stellen wir unseren eigenen Dringlichkeitsantrag vor. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als Nächster spricht Herr Kollege Anton Rittel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Anton Rittel (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag "Schluss mit der respektlosen Abwertung von Arbeitnehmern" beinhaltet eine harte Aussage. Das hat mich gleich ein bisschen erschüttert, als ich das gelesen habe. Wenn Arbeit an Attraktivität verliert, verliert unser Land an Stärke. Das muss man dazu sagen. Genau darüber spreche ich heute. Wohlstand entsteht nicht von selbst. Er entsteht durch Menschen, die arbeiten, Verantwortung übernehmen und Leistung erbringen. Mit dem Dringlichkeitsantrag behauptet die SPD, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden respektlos abgewertet. Bevor ich in den Landtag gekommen bin, habe ich auch Angestellte gehabt. Ich würde mich hüten, jemandem respektlos gegenüberzustehen, der jeden Tag kommt und jeden Tag seine Arbeit macht. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Wer so etwas behauptet, der macht das selber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die große Mehrheit der Menschen geht jeden Tag zuverlässig zur Arbeit, hält Betriebe am Laufen und sorgt dafür, dass unser Land funktioniert. Diese Leistung wird von uns FREIEN WÄHLERN ausdrücklich anerkannt. Respekt heißt aber nicht, jede Debatte zu verbieten. Respekt heißt, Probleme offen anzusprechen und Lösungen zu suchen. Der Antrag der SPD vermittelt den Eindruck, als dürfe man über Arbeitszeit, Flexibilität oder Leistungsanreize kaum noch sprechen, ohne sofort als respektlos zu gelten. Das sehen wir anders.

Niemand fordert, dass alle pauschal länger arbeiten sollen. Viele Menschen sind heute bereits stark belastet. Das ist die Realität. Aber es gibt auch viele, die mehr arbeiten könnten und wollten. Genau dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen. Das eigentliche Problem ist nicht mangelnder Arbeitswille, sondern das eigentliche Problem sind der Fachkräftemangel, fehlende Kinderbetreuung und starre gesetzliche Vorgaben. Deshalb setzen wir uns für Arbeitszeitflexibilität ein. Wir wollen nicht mehr Belastung, sondern eine bessere Verteilung der bestehenden Arbeitszeit. Wir wollen weg von starren Tageshöchstgrenzen hin zu flexiblen Wochenarbeitszeiten mit vollem Gesundheitsschutz. In einer Firma – Herr Gießhammer wird das bestätigen –, in der Arbeiter auf Montage hinausfahren müssen und nicht in der Firma arbeiten, sind sie vielleicht schon zwei Stunden auf dem Weg. Das ist bezahlte Arbeitszeit. Wenn man das auf vier Tage reduzieren kann, muss man das machen, weil man weniger Arbeitszeit hat. Das ist mehr effektive Arbeitszeit bei der gleichen Belastung. Wir brauchen flexible Arbeitszeiten, um die Arbeiter und die Firmen zu entlasten und wieder günstigere Arbeit abliefern zu können. Das hilft Familien, das hilft den Pflegenden, und es stärkt unsere Wirtschaft.

Auch beim Thema Teilzeit bleibt der Antrag einseitig. Teilzeit ist für viele Menschen notwendig, gerade für Familien mit Pflegenden und Kindern. Das stellen wir nicht infrage. Teilzeit darf jedoch keine Einbahnstraße sein. Der aktuelle Vorstoß aus dem CSU-Wirtschaftsflügel zeigt, wie schnell man im Zwang am Ziel vorbeischießt. Laut Experten würden durch Einschränkungen eher Arbeitskräfte verloren als gewonnen.

Davon wären besonders Frauen betroffen. Der richtige Weg heißt: Vereinbarkeit, bessere Kinderbetreuung, stärkere Pflegeangebote, flexiblere Arbeitsmodelle. Nur auf diese Weise entstehen mehr Arbeitsstunden, freiwillig und nachhaltig.

Wenn Transferleistungen derart ausgestaltet sind, dass sich Arbeit kaum lohnt, entstehen falsche Anreize. Diejenigen, die arbeiten, tragen immer mehr Last. Das ist nicht gerecht. Wir können auch die demografische Entwicklung nicht wegdiskutieren. Künftig müssen weniger Arbeitskräfte mehr schultern. Darauf müssen wir vorbereitet sein.

Meine Damen und Herren, der Antrag der SPD setzt auf Empörung statt auf Lösungen. Er verhindert Debatten, statt Probleme zu lösen. Wir FREIE WÄHLER stehen für Respekt gegenüber den Beschäftigten. Wir stehen für Leistungsbereitschaft. Wir stehen für pragmatische Lösungen. Diesen Dringlichkeitsantrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Eva Lettenbauer das Wort.

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie viele Deutsche braucht man, um eine Glühbirne zu wechseln? – Einen, weil wir sehr effizient sind und keinen Humor haben. Viele von Ihnen und euch haben das bestimmt auch schon einmal gehört. Gerade das Ausland hat diesen Blick auf uns. Zwar lässt sich über den Humor streiten, aber die Effizienz ist nachgewiesen. Deutschland arbeitet in absoluten Stundenzahlen weniger als viele andere Industrieländer. Unsere Arbeitsproduktivität pro Stunde liegt jedoch unter den allerhöchsten weltweit. Die Beschäftigten geben täglich Vollgas, egal ob in der Werkstatt, im Büro, in der Forschung oder der Pflege. In Deutschland sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit deshalb auch pro beschäftigter Person seit Jahrzehnten. Trotzdem wächst das BIP. Wir arbeiten effizient und werden immer effizienter.

Rund 29 % der Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Teilzeit. Falls es nicht alle wissen, sage ich es noch einmal, um es auf den Punkt zu bringen. Bei Frauen arbeitet jede Zweite, bei Männern etwa jeder Achte in Teilzeit. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar. Ein Viertel kümmert sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige. Ungefähr 10 % nutzen die Teilzeit für Weiterbildung und Qualifikation. Mit Lifestyle hat das nichts zu tun, mehr mit Durchs-Leben-Kommen und Überleben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Trotzdem hat die Union zurzeit ein Lieblingsthema. Sie wälzt ihr eigenes wirtschaftliches Unvermögen auf die Bevölkerung ab. Hören Sie endlich auf, Testballons steigen zu lassen, wie sehr man die eigenen Bürgerinnen und Bürger verunglimpfen oder ihnen das Soziale in der Marktwirtschaft wegnehmen kann. Es gibt nur eine Antwort, wie weit dieser Ballon steigen darf: Gar nicht. Pflegen am Limit, Schrauben im Leerlauf – die Union will, dass alle noch länger arbeiten müssen. Mehrarbeit für die Erschöpften in der Pflege, Stillstand für die Suchenden, beispielsweise im Bereich Automobilzulieferer – das ist blanker Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt Ihrer Ballons sollten wir eigentlich besprechen, wie alle so viel an Mehrarbeit leisten können, wie sie möchten, damit es in ihr Leben passt und damit es die Wirtschaft stärkt. Voraussetzung dafür sind genug bezahlbare Kitaplätze und zuverlässige Betreuungszeiten in der Krippe, in der Kita, in der Grundschule und darüber hinaus. Zusätzlich benötigen wir deutlich mehr Pflegeangebote, gerade auch ambulante Tagespflege. Das gibt Flexibilität für Arbeitnehmer:innen. Weiter sind mehr steuerliche Anreize für Arbeit, sinkende Transferenzugsraten und mehr Fachkräfteeinwanderung gefragt. Beschäftigte dagegen dafür verantwortlich zu machen, dass daheim eine Menge Arbeit auf sie wartet, ist eine Umkehr der Verantwortung. Schluss damit. Packen Sie endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei Punkte möchte ich noch ausführen: Wie können im Erwerbsleben alle gesund bleiben? Ein hoher Krankenstand ist kein Zeichen von Faulheit, sondern ein Spiegel der Arbeitswelt. Ein großer Teil der 14,5 Krankheitstage im Jahr geht auf die Langzeiterkrankungen von über sechs Wochen zurück, die den Durchschnitt nach oben ziehen. Die von Söder vorgeschlagenen Karenztage würden an der großen Belastung durch Langzeiterkrankungen betreffend den Rücken und die Psyche überhaupt nichts ändern. Sich dem Highlife für Erkältungsviren im Wartezimmer wegen einer Krankmeldung für einen Tag auszusetzen, schadet Menschen und Wirtschaft, weil dadurch Leute mehr und länger erkranken statt gesund zu werden. Die Lösung besteht in besseren Arbeitsbedingungen, genug Fachkräften in der Kita und in der Pflege, oder sicheren Arbeitsverträgen und realistischen Lieferzeiten statt Lieferfahrern am Limit. Es gäbe so viel anzupacken, beispielsweise mehr flächendeckende Gesundheitsprävention.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss: Auf dem Arbeitsmarkt suchen gerade immer mehr Leute nach Arbeit. Wann kommt denn endlich die Unterstützung für die Wirtschaft, um wieder stark zu werden und sicher planen zu können? Es braucht billigen, von Autokratien unabhängigen Strom, Netze und Speichermöglichkeiten in Bayern und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort, der die Augen vor der Zukunft einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft endlich nicht mehr verschließt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Kollegen Florian Köhler von der AfD-Fraktion das Wort.

**Florian Köhler (AfD):** Sie haben gerade die ökologisch-soziale Marktwirtschaft genannt. Die steigenden Lebenshaltungskosten hängen unter anderem mit einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung zusammen. Die GRÜNEN fordern meines Wissens sogar einen noch

höheren CO<sub>2</sub>-Preis. Können Sie mir das EU-Emissionshandelssystem und das Brennstoffemissionshandelsgesetz erklären?

**Eva Lettenbauer (GRÜNE):** Ja, selbstverständlich kann ich das; aber ich bin mir sicher, dass ich zu lange bräuchte, um es Ihnen so zu erklären, dass Sie es verstehen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD – Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines, wir haben hier in Deutschland eine Klimakrise. Es gibt bald keine Jobs, kein gutes Leben und keine bezahlbaren Wohnungen mehr, wenn wir uns nicht darum kümmern, dass unser Eigentum und unsere Wirtschaft nicht unter Klimaschäden leiden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten. Frau Staatsministerin, bitte schön.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir seit fast achtzig Jahren in einer sozialen Marktwirtschaft, in einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leben dürfen, die uns nicht nur zu Wachstum und Wohlstand verholfen hat, sondern auch die soziale Sicherheit gewährleistet. Wir stehen ganz klar zum Sozialstaatsprinzip, so wie es in unserem Grundgesetz verankert ist; aber klar ist auch: Wir wollen den Sozialstaat erhalten. Wir wollen ihn nicht abschaffen. Das heißt schlichtweg, nun zu handeln. Das heißt nicht abwarten, das heißt nicht zuschauen und wegschauen. Stillstand gefährdet den Sozialstaat, und wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn reformieren. Deshalb sagen wir: Mut zu Reformen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kennen alle die Situation in unserer Wirtschaft. Unsere Wirtschaft taumelt. Entlassungen sind an der Tagesordnung. Über drei Millio-

nen Arbeitslose in Deutschland, so viele wie seit 14 Jahren nicht mehr. Das ist keine Stimmung, das ist Statistik, und das ist vor allen Dingen Realität. Während draußen die Betriebe kämpfen, während die Auftragsbücher dünner werden und Deutschland im internationalen Vergleich abrutscht, diskutieren wir hier über diesen Dringlichkeitsantrag und damit über das Verhindern von Reformen. Alles ausschließen, was nach Veränderung klingt, alles verbieten, was Bewegung bringen könnte, und alles zerreden, was unbequem ist, das ist kein Fortschritt, sondern ein Stillstand mit Ansage.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie sagen: Das wird schon, weiter so, die Arbeitnehmer können nicht mehr leisten. Wir sagen: Die Beschäftigten sind leistungsbereit, und Leistungsbereitschaft heißt, Arbeit muss sich lohnen. Leistung ist im Übrigen kein Schimpfwort, sondern es ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Ich möchte ein positives Bild von Arbeit.

Dieser Dringlichkeitsantrag enthält große Worte, viel Empörung und wenig Lösungen. Ich sage Ihnen ganz klar: Es ist respektlos, den Menschen nicht die Wahrheit zu sagen. Es ist respektlos, ihnen vorzugaukeln, man könnte Wohlstand bewahren, ohne sich zu bewegen. Sie wollen keine Arbeitszeitdebatten, keine Rentendebatten und keine Reformdebatten. Man könnte auch sagen, Sie wollen keine Debatte über die Realität. Und ja, es ist richtig: Es gab Corona. Ja, es ist auch richtig: Es gab den Überfall auf die Ukraine, und es gibt geopolitische Unsicherheiten. Aber wissen Sie was? – In anderen Ländern gab es das auch. In Frankreich gab es das auch. In Italien gab es das auch. Die Wirtschaft in diesen Ländern wächst trotzdem. Die Arbeitnehmer leisten mehr Stunden, sie sind produktiver. Wir nicht. Die Frage ist: warum.

Ich habe an den Koalitionsverhandlungen in Berlin teilgenommen. Ich möchte Ihnen Details ersparen, aber eines sage ich offen: Was von linker Seite kam, war mehr als verstaubt, es war alt, aber vor allen Dingen wirtschaftlich wirkungslos. Mehr die Hand aufzuhalten als die Ärmel aufzukrempeln und mehr Vater Staat als eigene Verantwortung, das ist die falsche Richtung.

(Beifall bei der CSU)

Für mich ist klar: Sozial ist, was Arbeit sichert. So einfach ist die Wahrheit. Deshalb arbeiten wir am Neustart und haben viele Entscheidungen auf den Weg gebracht. Dabei geht es um mehr Netto vom Brutto, es geht darum, die Sozialabgaben zu senken. Es geht darum, die Überstundenzuschläge steuerfrei zu stellen und das Arbeiten über das Rentenalter hinaus attraktiv zu machen. Es geht um flexiblere Wochenarbeitszeiten – wir haben es heute schon ein paar Mal gehört – und die Lebenswirklichkeiten der Menschen. Wir handeln nicht gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern für sie!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Teilzeit ist wichtig, Teilzeit ist richtig, und Teilzeit ist auch Realität. Klar ist auch, wer mehr arbeiten will, der muss auch mehr arbeiten können. Deshalb investieren wir in Bayern massiv in die Kitas, in die Ganztagsbetreuung, in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie wissen, dass wir das Bayerische Familiengeld umgeschichtet haben. Eine harte Entscheidung, aber wir haben jeden Euro, hundert Prozent, für die Kinderbetreuung gesichert. Das ist Zukunftspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Respekt heißt nicht Stillstand. Respekt heißt Zukunft sichern. Sie empören sich über Arbeitszeitdebatten, und dabei wissen alle: Die durchschnittliche Arbeitszeit ist rückläufig, die Zahl der Krankheitstage ist hoch, die Produktivität stagniert. Die Frage lautet doch nicht, wer schuld ist, sondern die Frage lautet: Wie kommen wir da heraus?

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Deshalb sage ich noch ein paar Sätze auch zur Arbeitszeitflexibilisierung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Flexibilität ist kein Sozialabbau. Flexibilität heißt Luft zum Atmen. Das betrifft so viele – vom Schichtarbeiter bis zum Pendler, die Familien, die Betriebe. Das ist kein Zwang, das ist kein Druck, sondern es sind Spielräume, und es sind Freiräume. Gleiches gilt in Bezug auf die Minijobs: Sie sind ein wichtiges Instrument auf dem Arbeitsmarkt für Studierende, für Rentner, für Eltern und für Menschen, die

sich etwas hinzuverdienen möchten. Minijobs sind kein Problem, sondern sie sind Teil der Lösung. Sie sind gewollt von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, also von beiden Sozialpartnern.

Eines steht für mich fest: Die Menschen in Bayern sind leistungsbereit. Sie arbeiten, sie pflegen, sie erziehen, und sie engagieren sich über das Maß hinaus auch noch ehrenamtlich. Die Menschen draußen wissen genau, was los ist. Sie verstehen die Lage, sie spüren den Druck, und deshalb wollen sie Lösungen. Deutschland braucht eine Politik, die liefert, damit die Menschen auch wieder viel mehr leisten können. Dieser Antrag ist für mich kein Beitrag zur Lösung, sondern er ist Teil des Problems. Der Antrag ist abzulehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Staatsministerin, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Frau Kollegin Dr. Strohmayer für die SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, nämlich die Kinderbetreuung. Sie haben gesagt, Sie stecken da so viel Geld hinein. Ich möchte Sie gerne einmal fragen, ob Sie sicherstellen können, dass die Kita mit diesen Geldern, die Sie da hineinstecken, kostenlos wird. Punkt eins.

Zweitens. Jetzt kommt ja der Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung. Auch da muss ich feststellen, dass sowohl die Ferienbetreuungen als auch die Mittagsbetreuungen erhebliche Elternbeiträge voraussetzen. Auch da möchte ich Sie fragen: Wie können Sie sicherstellen, dass die Familien hier nicht überlastet werden und dass tatsächlich jeder, der einen Platz braucht, einen bekommt und sich den auch leisten kann?

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Liebe Frau Strohmayr, wir wollten nie eine kostenlose Kinderbetreuung. Wir sind auch nicht wie Berlin, das auf Kosten unseres Länderfinanzausgleichs kostenlose Kinderbetreuung anbieten kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD: Oje!)

Wir leisten uns das nicht. Wir wollen das nicht. Wir wollen, dass Kitas bezahlbar bleiben.

Was den Ganztagsanspruch betrifft: Sie wissen sehr genau, dass wir viele Investitionsgelder zur Verfügung stellen und dass auch viel abgerufen wurde. Wir haben die Förderrichtlinien noch einmal optimiert, sodass die Kommunen selber wirklich nur noch einen geringen Anteil leisten müssen, um die Plätze zu schaffen.

Wir haben unglaublich viel getan, um die Fachkräfteversorgung sicherzustellen – über Erhöhung der Studierendenzahlen und der Studienplätze, über die Quereinsteiger, über die zusätzlichen Fachakademien für Sozialpädagogik. All das ist auf dem Weg.

Ich möchte, dass Kinderbetreuung bezahlbar bleibt, dass sie vor allem eine hohe Qualität hat und dass sich Eltern darauf verlassen können; gerade jetzt in Bezug auf das Thema, was wir hier haben. Eltern müssen sich auf eine gute und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung verlassen können, um dann auch arbeiten zu können.

Und wenn Sie sagen, dass die verschiedenen Instrumente vielleicht auch noch – – Darf ich noch? Neun Sekunden?

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die Staatsregierung darf immer.

**Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales):** Wir haben in der Ganztagsbetreuung mehr oder weniger drei Instrumente: Das ist der schulische Ganztags, offen oder gebunden, das ist die Mittagsbetreuung, und das ist der Hort.

Die Kommunen sollen jedes dieser Instrumente nach den Anforderungen, die die Familien vor Ort anmelden, dann auch bedarfsgerecht umsetzen können. Es ist mir wichtig, dass wir diese Vielfalt und diese Flexibilität haben – vor allen Dingen in der Verantwortung der Kommunen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/9852 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Arif Taşdelen (SPD): Mit voller Begeisterung!)

Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU und die AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Dringlichkeitsantrag aufrufe, gebe ich noch die Ergebnisse der vorhin durchgeführten Wahlen bekannt; zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben sich 155 Abgeordnete beteiligt. Es war keine Stimme ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Andreas Winhart entfielen 28 Ja- und 126 Nein-Stimmen. Enthalten hat sich ein Abgeordneter/eine Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Andreas Winhart nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Beim Ergebnis der Wahl des Schriftführers eines Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, ist es wie folgt: Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der

abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Auch hier werden die Enthaltungen bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit nicht berücksichtigt. Hier haben sich 160 Abgeordnete beteiligt. Keine Stimme war ungültig. Auf den Herrn Abgeordneten Dieter Arnold entfielen 29 Ja- und 130 Nein-Stimmen, es gab eine Enthaltung. Damit hat Herr Dieter Arnold nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.